Abend-Ausgabe

Preis 20 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg.

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Mittwoch eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht“, „Kraft und Stoff“, „Der Weltverkehr“, „Frau und Welt“, „Lehren und Lernen“, „Reisen und Wandern“. Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Nollendorf 4783-88.

Donnerstag, 2. Juni 1921

Bezugspreis monatlich Mk. 12,—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1,50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4,50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5980-88.

Nr. 253
B 52

Tages-Spiegel.

Im preußischen Landtag begann heute die Aussprache über den Staatshaushalt mit der Etatsrede des Finanzministers Saemisch.

*

Der österreichische Etat für das zweite Halbjahr 1920/21 weist einen Fehlbetrag von 25421 Millionen Kronen auf.

*

Der amerikanische Senat bewilligte 494 Millionen Dollar für Marineausgaben.

*

Der japanische Kronprinz und Millerand betonten das enge Einvernehmen zwischen Japan und Frankreich.

*

In Wladiwostok hat sich eine republikanisch-demokratische Regierung gewaltsam gebildet, die von Japan bedingt anerkannt wird.

Das Arbeitslosenproblem im Reichstag.

Von
Dr. Hugo, M. d. R.

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstags hat sich mit der Frage der Erwerbslosenfürsorge in mehreren Sitzungen beschäftigt, und zwar auf Grund von Anträgen, die dem Reichstag von seiten der sozialistischen Fraktion vorgelegt worden waren. Die Vorschläge, die vom Gewerkschaftsbund formuliert sind, zielen darauf ab, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und andererseits erhöhte Unterstützungen für verbleibende Arbeitslose zu bewilligen.

Wesentlich beeinflußt sind die Verhandlungen durch die Stellungnahme der Reichsregierung. Die Forderung der sofortigen Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten im weitesten Umfange, insonderheit hinsichtlich der Vergebung von Aufträgen der Eisenbahnbehörden, wurde von der Reichsregierung anerkannt und wird auch beschleunigt zur Durchführung gelangen. Es mag hier aber vermerkt sein, daß die Reichsregierung sich nicht auf den Standpunkt der sozialistischen Anträge stellt insofern, als diese zur Mitwirkung bei der Regelung der Auftragserteilung allein Vertreter der Gewerkschaften hinzuzuziehen verlangen, sondern daß zur Beratung des Reichsverkehrsministeriums eine paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzte Kommission eingesetzt worden ist. Tatsächlich war bereits im Reichsverkehrsministerium eine Gewerkschaftskommission zusammengetreten, die ihrerseits auf die Begebung der Aufträge Einfluß zu gewinnen suchte. Durch den Einspruch von bürgerlicher Seite ist dann aber die Parität für diese Kommission hergestellt worden. Daß bei der Begebung der Aufträge die von der Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Bezirke in erster Linie berücksichtigt werden sollen, wurde ebenfalls von der Regierung als berechtigt anerkannt.

Wesentlich war aber der Einspruch von seiten der Reichsregierung gegen diejenigen Punkte der Gewerkschaftsanträge, die verlangen, daß den Arbeitslosen durch Verkürzung der Arbeitszeit der bisher Vollbeschäftigten und die Einführung von Schichtwechsel Beschäftigung verschafft werden soll. Den Kurzarbeitern soll nach den Anträgen bei verkürzter Arbeitszeit der Lohnausfall zu ½ von dem Arbeitgeber ersetzt werden und das Reich und die Länder sollen die Hälfte der sich daraus erwachsenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge übernehmen. Die Zustimmung für ein derartig weitgehendes Eingreifen mit gesetzgeberischen Mitteln in die Freiheit der Wirtschaftsführung erklärte der Reichsarbeitsminister nicht ohne Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates, der Reichsarbeitsgemeinschaft und des Reichsrates übernehmen zu können. Dieser Punkt der Forderung wurde deshalb zurückgestellt.

Zustimmend erklärte sich die Regierung hinsichtlich derjenigen Maßnahmen, die zur Belebung des Baugewerbes gefordert werden. Zu diesem Zweck sind im Jahre 1920 4½ Millionen und im Jahre 1921 1½ Millionen zur Verfügung gestellt. 200 Millionen Mark sollen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zum Bau von Landarbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Es wurde aber vom Minister darauf hingewiesen, daß bereits auf dem Gebiete des Baugewerbes ein Mangel an gelernten Bauarbeitern zu verzeichnen ist. An materiellen Forderungen wurde einerseits die Weiterzahlung der Unterstützung für die Wintermonate gefordert. Die Reichsregierung erklärte sich vorläufig bis zum 1. August dazu bereit, dagegen lehnte sie es ab, sich auf die hohen Sätze der Arbeitslosenunterstützung, wie sie die sozialistischen Anträge fordern, festzulegen.

Im Einvernehmen mit der Reichsregierung hat der Ausschuß dann einen Antrag angenommen, der für die langfristigen Arbeitslosen, die mehr als 26 Wochen erwerbslos sind, eine besondere geldliche Beihilfe vorsieht, die den Erwerbslosen ermöglichen soll, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für sich und ihre Angehörigen vorzunehmen. Diese langfristigen Erwerbslosen sollen bei der Durchführung von Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge besonders berücksichtigt werden. Eine endgültige Stellungnahme zu den materiellen Forderungen der sozialistischen Anträge wird erst in einer späteren Sitzung erfolgen. Die sozialistischen Parteien verzichteten auf eine Abstimmung im gegenwärtigen Augenblick, weil die Anträge restlos abgelehnt worden wären. Sie hoffen aber, für die Zukunft noch eine Meinungsänderung der Regierung herbeiführen zu können.

Von der Voraussetzung ausgehend, daß die Frage der Erwerbslosigkeit wesentlich mit der wirtschaftlichen Gesamtlage zusammenhängt, und von den Absatzmöglichkeiten beherrscht wird, hat dann der Ausschuß einstimmig gefordert, daß ihm über die gegenwärtige Wirtschaftslage im Kohlenbergbau, im Eisenbergbau, in der Eisenindustrie, im Kalibergbau, in der verarbeitenden und Exportindustrie, im Baugewerbe über die Rohstoffversorgung und Absatzmöglichkeiten, über die Wiederaufbaulieferungen nach Frankreich und über die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln von den zuständigen Ministerien Bericht erstattet wird. Bei der Lage der verarbeitenden Industrie soll — bezeichnenderweise gegen die Stimmen der Mehrheitssozialisten — insonderheit die Wirkung der Luxussteuer hinsichtlich der Behinderung der Produktion einer Erörterung unterzogen werden. Es ist vorgesehen, daß über alle diese Fragen in kürzester Frist im Volkswirtschaftsausschuß von seiten der Regierung berichtet und von seiten der Parteien Stellung genommen werden soll.

Die deutschen Zahlungen.

Drahtmeldung.

London, 1. Juni. (W. T. B.)

Reuter meldet aus New York:

Die erste Rate der durch Vermittlung der Vereinigten Staaten an die Alliierten zu leistenden deutschen Reparationszahlung in Höhe von 45 733 000 Dollar gelangte heute in den Besitz der Federal Reserve Bank. Die deutsche Regierung ergänzte gestern durch Vermittlung von vier New Yorker Bankinstituten die Einzahlung. Die Banken, die Deutschland vertraten, sind Hallgarten & Co., Speyer & Co. sowie die Equitable Trust Co. und die Guaranty Trust Co. Die Zahlungen erfolgten nicht in bar oder Gold, sondern durch Banküberweisungen.

Paris, 2. Juni. (W. T. B.) Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, ist die Reparationskommission seit der Zahlung der ersten deutschen Milliarde in Gold eifrig beschäftigt, ein Mittel gegen entstehende Kursverluste zu suchen. Die deutschen Darlehen seien nach den Durchschnittskurssätzen vom 23. berechnet. Seitdem hätten sowohl das englische Pfund, wie der amerikanische Dollar angezogen und auch die skandinavischen Währungen seien bedeutend gestiegen. Der holländische Kurs sei leicht gefallen, ebenso die italienische Lira, während die Pesete ein wenig im Kurse gewonnen habe. Die Reparationskommission habe gestern in der Angelegenheit beraten, man nehme an, daß der Verlust von den Alliierten getragen werden müsse.

Paris, 1. Juni. (W. T. B.) Senator Dausset hat im Senat eine Interpellation eingebracht über die Nutzbarmachung der deutschen Jahreszahlungen aus dem Londoner Abkommen. Die Interpellation soll in einer Woche zur Beratung gelangen.

Deutsche Kohle in England.

London, 1. Juni. (W. T. B.) Im englischen Unterhause wurde von Regierungsseite mitgeteilt, daß seit dem Ausbruch des Bergarbeiterstreiks 94 000 Tonnen deutscher Kohlen, die auf Grund der Reparationsbestimmungen an Frankreich und Belgien geliefert wurden, in England eingeführt worden seien. Die englische Regierung habe keine Kenntnis von irgend einem Protest Deutschlands. Uebrigens sei auch im Friedensvertrag keine Bestimmung enthalten, die eine Wiederausfuhr der fraglichen Kohle aus Frankreich und Belgien verbiete.

*

Der Sinn der deutschen Kohlenlieferungen war der, Frankreich und Belgien Ersatz für erlittene Kriegsschäden zu geben, nicht aber damit Geschäfte zu machen. Selbstverständlich widerspricht dies durchaus dem Geist des Friedensvertrages.

Barthou an die Jahresklasse 1919.

Paris, 2. Juni. (E. E.) Auf seiner Inspektionsreise ins Rheinland hielt Barthou vor den französischen Soldaten in Worms eine Ansprache, in der er ausführte, er habe sich allenthalben davon überzeugt, daß die Leute gut gekleidet, gut ernährt seien und gute Wohnungen hätten. Er beglückwünsche die Offiziere zu ihrer Wachsamkeit und Aufmerksamkeit und stelle fest, daß der Jahrgang 1919 allen Drohungen und Versuchungen Widerstand geleistet habe. Seine Einberufung sei nicht zwecklos gewesen. Der Anwesenheit dieser Soldaten sei es zu verdanken, daß Deutschland sich unterworfen habe. Die Soldaten wären es, die Deutschland zum Zahlen zwangen. Und darauf könnten sie stolz sein.

Der französische Gesandte in China.

Paris, 1. Juni. (W. T. B.) Der bisherige französische Botschaftsrat in London und langjährige Mitarbeiter Paul Cambons, de Fleuriau, wird, wie „Temps“ mitteilt, zum Nachfolger des verstorbenen französischen Gesandten in China Boppe ernannt werden.

Fleuriau war wiederholt als Geschäftsträger in London tätig.

Dr. Wirth und die Anschlußfrage.

Zu der Wiener Meldung eines hiesigen Morgenblattes, wonach ein Telegramm des Reichskanzlers die deutsch-österreichische Regierung ersucht hätte, auf ein Unterbleiben weiterer Ausschußabstimmungen hinzuwirken, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß ein solches Telegramm nicht ergangen ist.

Vor dem englischen Vormarsch.

Londons Entrüstung über Korfanty.

Eigene Drahtmeldung.

P. London, 2. Juni.

Londoner Blätter äußern große Entrüstung über das wüste Auftreten der polnischen Aufständischen und die Wiederholungen ihrer Angriffe auf die alliierten Truppen. Wie die Blätter feststellen, erhielten die Polen den Befehl zum Vorgehen vom Grafen Mielczinski, der neben Korfanty Leiter der ganzen Bewegung ist und direkt mit den politischen Führern in Warschau in Verbindung steht.

Oppeln, 1. Juni. (W. T. B.) Ein englisches Bataillon ist heute in die Stadt Groß Strehlitz eingerückt, ohne auf Widerstand zu stoßen.

In den Kreisen Kreuzburg und Rosenberg hat sich die Erregung der dortigen Bevölkerung außerordentlich gesteigert, da die polnischen Aufrührer, obgleich sie Verstärkungen an Menschen und Material erhalten haben, sich in diesem Gebiet nicht sicher fühlen und nunmehr die deutschgesinnte Bevölkerung aufs schlimmste brandschatzen und mißhandeln. In den übrigen Kreisen ist die Lage im wesentlichen unverändert. Der Ort Fischerei, nördlich von Cosel, mußte unter dem Drucke der polnischen Aufrührer von den deutschen Verteidigern geräumt werden.

Die „Times“ an Frankreich.

Drahtmeldung.

London, 2. Juni. (W. T. B.)

Die „Times“ weist darauf hin, daß sich Polen in politischen Schwierigkeiten befinde und den Aufstand in Oberschlesien jetzt bedauere. Sie fordert, daß Franzosen und Engländer gemeinsam handeln sollen. Durch einen Zwischenfall in Oberschlesien würde die Haltung der englischen Besatzungstruppen in schwersten Gegensatz zu der der französischen kommen. In solch einem Falle würden die Helden der Orgesch und des Baltikums den Engländern eine baldige und unerwünschte Unterstützung zu teil werden lassen wollen.

Der Gedanke, daß diese Truppen den Engländern helfen, und daß britische Truppen, wenn auch mittelbar, deren Operationen gegen die Polen erleichtern sollten, sei für alle Engländer unerträglich. Trotzdem könnte nichts diese Schmach abwenden, wenn die englischen Truppen gezwungen werden sollten, ohne die gründliche Unterstützung der andern Mächte die Ordnung gegen Polen zu erzwingen. Die Wirkung einer abgesonderten britischen Aktion zu diesem Zwecke auf die Entente und auf das Gesamtfeld der Weltpolitik brauche nicht erst hervorgehoben zu werden.

*

Gerade diese Ausführungen der Northcliffe-„Times“ mit den üblichen scharfen Ausfällen gegen Deutschland wirft ein klares Licht auf die Gegensätze zwischen London und Paris. Sie sind außerdem geeignet, deutsche Hoffnungsseligkeit auf ein vernünftiges Maß zurückzudämmen.

Percival und Lord d'Abernon.

I. N. S. **London**, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Es verlautet von maßgebender Seite, das Auswärtige Amt sei außerordentlich erbittert wegen der Angriffe französischer Zeitungen auf Oberst Percival. Das Ministerium stellt noch einmal fest, der Oberst habe schon vor einigen Wochen aus gesundheitlichen Gründen seine Entlassung verlangt, er sei nur auf das dringende Ersuchen der englischen Regierung im Amte geblieben. Der einzige Grund für seinen Rücktritt sei eine ernste Krankheit, die ihn zwinge, das Bett zu hüten. Hohe Beamte des Auswärtigen Ressorts erklären unverhohlen, daß die Beziehungen zwischen Londen und Paris durch die unverantwortliche Haltung der französischen Presse gefährdet werden.

London, 2. Juni. (E. E.) Gestern fand ein Kabinettsrat statt, der sich mit der Frage von Oberschlesien und von Angora beschäftigte. In Ergänzung der vor zehn Tagen abgesandten englischen Note ist gestern neuerlich eine Note an die französische Regierung gesandt worden, in der gesagt wird, daß Lord d'Abernon bisher in der oberschlesischen Frage wertvolle Dienste geleistet habe.

General Höfer über den Selbstschutz.

Paris, 2. Juni. (E. E.) General Höfer empfing in Kosel den Vertreter des „Newyork Herald“ und erklärte ihm etwa folgendes:

Wir Oberschlesier verteidigen unser Leben und Recht. Wir sind keine Rebellen. Wir üben nur Selbstverteidigung und handeln im Einvernehmen mit den Alliierten. Wir erfüllen alle ihre Forderungen und legen unsere Karten offen auf den Tisch.

Auf den Einwand des Korrespondenten, daß General Le Rond erklärt habe, die Organisation des General Höfer sei das stärkste Hindernis gegen die Wiederherstellung der Ruhe, erwiderte der General:

Die Franzosen kennen unseren Wunsch, mit ihnen zusammenzuarbeiten, aber sie ignorieren ihn. Dagegen arbeiten die Engländer mit uns zusammen. Höfer erklärte weiter, die meisten seiner Freiwilligen seien Oberschlesier, doch es wäre unmenschlich, andere deutsche Kameraden, die sich seinen Kräften anschließen wollten, daran zu hindern. Die Polen hätten manchen tüchtigen Offizier, jedoch keine Disziplin. Dadurch bestehe mehr Gefahr, als die Alliierten übersehen könnten.

Der General hält es für das beste Mittel, das ganze Gebiet hermetisch abzuschließen und starke militärische Aktionen einzuleiten. Die Alliierten dürften mit Korfanty nichts gemein haben.

Oppeln, 1. Juni. (W. T. B.) **Dem Zwölferausschuß der deutschen Parteien gab General Le Rond die Erklärung ab, die Interalliierte Kommission betrachte den deutschen Selbstschutz nicht als eine Insurgententruppe.**

Lügengerüchte.

Breslau, 2. Juni. (W. T. B.) Die umlaufenden Gerüchte, daß Oberpräsident Bitta Auftrag gegeben habe, Geistliche, welche sich polenfreundlich zeigten, in Schutzhaft zu nehmen, sind völlig aus der Luft gegriffen. Weder vom Oberpräsidenten Bitta, noch sonst von einer Verwaltungsstelle ist ein solcher Auftrag erteilt worden.

Deutsch-schweizerische Tarifabreden

Bei den zwischen der Deutschen und Schweizer Regierung über die gegenseitigen Handelsbeziehungen geführten Verhandlungen ist eine Einigung dahin getroffen worden, daß die Tarifabreden erst mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab in Wegfall kommen. Die durch die Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen vom 19. Mai d. J. — Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 436 fg. — veröffentlichten Aenderungen des Warenverzeichnisses zum Zolltarif und der Anleitung für die Zollabfertigung treten daher erst von diesem Tage, nicht schon vom 6. Juni d. J. ab, in Kraft. Nähere Auskunft erteilen die Zollstellen.

Die Unruhen in Alexandrien.

P. London, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Alexandrien gemeldet wird, sind durch den Brand in den Baumwollagerhäusern 5600 Ballen Baumwolle vernichtet, die für 250 000 Pfund Sterling versichert war. Aus Chatham sind Marinesoldaten zur Verstärkung der englischen Garnison in Alexandrien abgesandt worden.

Die Stellungnahme der Parteien.

Die Fraktionen des Reichstages haben sich nunmehr in Fraktionssitzungen mit den Erklärungen des Reichskanzlers beschäftigt.

Die erste Fraktionssitzung war die des Zentrums, die schon gestern abend stattfand. Diese Sitzung hat sich hauptsächlich mit den Steuerfragen befaßt, während die Frage einer Zustimmungserklärung zu dem Programm der Reichsregierung noch nicht erörtert worden ist. Eine Stellungnahme zu den neuen Steuern behält sich das Zentrum vor, bis die Einzelentwürfe der vorläufig nur in großen Umrissen bekannten Steuerprojekte vorliegen. Als erster Fraktionsredner des Zentrums für die heute beginnende Debatte ist der Abgeordnete Becker-Arnsberg bestimmt worden. Als zweiter Redner ist eventuell Abgeordneter Burlage in Aussicht genommen.

Die anderen Fraktionen haben im Laufe des heutigen Vormittags getagt. Es ist selbstverständlich, daß die Regierungsparteien eine Zustimmungserklärung zum Regierungsprogramm einbringen und natürlich auch annehmen werden. Was die Stellungnahme der Unabhängigen betrifft, so rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß sie diesem Vertrauensvotum zum mindesten keine Schwierigkeiten bereiten werden. Beachtenswert ist auch ein Artikel des „Vorwärts“, der den Unabhängigen in diesem Sinne ins Gewissen redet. Wie sich die Deutsche Volkspartei zu der Vertrauenserklärung stellen wird, ist noch nicht völlig geklärt. Jedoch scheint in der Fraktion Stimmung dafür vorhanden zu sein, sich an dem Vertrauensvotum nicht zu beteiligen. Die Deutsche Volkspartei will jedoch, wie verlautet, keine grundsätzliche Opposition treiben, nachdem das Ultimatum nun doch einmal unterschrieben ist. Die sachliche Stellungnahme zu den Steuerprojekten wird sich die Partei vorbehalten. In der demokratischen Fraktion ist auch heute noch keine einheitliche Stimmung vorhanden. Das wird aber auf die Annahme der Vertrauenskundgebung durch die Demokraten keinen Einfluß ausüben.

In den Verhandlungen über die Steuerfragen, die gestern und heute stattfanden, wurde allgemein betont, daß man diese wichtigen Vorlagen nicht übers Knie brechen könnte. Einzelne Steuern, wie die Körperschaftssteuer, deren Ausgestaltung relativ einfach ist, sollen allerdings, wenn irgend möglich, noch in dieser Session verabschiedet werden. Im allgemeinen rechnet man damit, daß der Reichstag nur drei bis vier Wochen zusammenbleibt. Namentlich sind die Rechtsparteien dafür, daß der Reichstag sehr bald in die Ferien geht, um der Regierung Gelegenheit zu geben, die riesigen Steuerprojekte während der Parlamentsferien sorgfältig auszuarbeiten.

Der Reichstag dürfte dann erst wieder im September zusammentreten.

Die deutsche Valuta
unter dem Einfluß der Reparationszahlungen.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wurde, sind die Schatzwechsel, die für die an der festgesetzten 1 Milliarde Goldmark noch fehlende Summe bis zum 31. Mai geliefert werden mußten und einen Betrag von etwa 840 Millionen Goldmark darstellen, bereits am 28. Mai an die Reparationskommission abgesandt worden. Die Schatzwechsel sind mit dem Indossament der sogenannten D-Banken versehen worden. Man wird nun bestrebt sein müssen, innerhalb von drei Monaten — der Laufzeit der Schatzwechsel — zu deren Einlösung einen entsprechenden Betrag in Gold und Golddevisen zu beschaffen. Letztere sind sicherlich in größerem Ausmaß vorhanden, kommen aber vorerst nur in geringen Mengen an den Markt, weil man wohl glaubt, daß der Markkurs infolge der allgemeinen Verhältnisse doch wieder herabgehen könnte. Es ist schwer, heute schon etwas Bestimmtes hierüber zu sagen, aber es ist immerhin anzunehmen, daß die pünktliche Zahlung der bisherigen Forderungen einen günstigen Eindruck im Auslande machen und befestigend auf unsere Valuta einwirken wird.

Inwieweit die oberschlesische Frage in einer für Deutschland vorteilhaften Weise geregelt werden wird, ist ebenfalls noch recht ungewiß; aber nach den neuesten Nachrichten gibt man sich doch der Hoffnung hin, daß wenigstens ein Teil der Entente zur Besinnung kommt und den furchtbaren Terror sowie die Machinationen eines Korfanty als das bewertet, was sie sind. Dazu kommt, daß wegen der deutschen Konkurrenzfrage das Ausland ein Interesse daran hat, den Kurs der Reichsmark nicht weiter sinken zu sehen; ist es doch eine hinreichend bekannte Tatsache, daß die deutsche Konkurrenz in vielen Ländern bereits jetzt als bedenklich angesehen wird. Bei einem weiteren Rückgang der deutschen Valuta würde sie immer noch stärker werden, und hiergegen wird und muß sich das Ausland wehren. Alle diese Momente sollten eigentlich dafür sprechen, daß in der nächsten Zeit größere Beträge fremder Golddevisen an den Markt kommen. Jedenfalls werden die deutschen Devisenbesitzer gut daran tun, sich die dargelegten Umstände vor Augen zu halten.

Der österreichische Etat.

Drahtmeldung.

Wien, 2. Juni. (W. T. B.)

Der dem Nationalrat vorgelegte Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das zweite Halbjahr 1920/21 weist Gesamtausgaben in Höhe von 49 495 Millionen Kronen und Gesamteinnahmen von 24 075 Millionen Kronen auf. Somit besteht ein Fehlbetrag von 25 421 Millionen Kronen, der durch Kreditoperationen gedeckt werden soll.

19 Milliarden Ausgaben sind durch Kursverluste infolge des niedrigen Standes der Krone verursacht worden. Personal- und Pensionsaufwand erfordern 14 Milliarden, die staatlichen Zuschüsse zur Verbilligung von Mehl, Fleisch, Fett und Kondensmilch über 10 Milliarden. Im Vergleiche zu 1920/21 weisen die Gesamtausgaben eine 40prozentige Steigerung auf, während die Bundeseinnahmen, insbesondere die öffentlichen Abgaben, dann die Einnahmen aus den Monopolen und Betrieben sich um 63 Prozent erhöhten. Der Gesamtschuldenstand der Republik Oesterreich beträgt einschließlich der Auslandskredite für Lebensmittel und Rohstoffe und der bei diesen Schulden berechneten Kursverluste rund 170 Milliarden. Nach dem dem Entwurfe beigegebenen wirtschaftlichen Ertragsvoranschlag beträgt der Verlust beim Bundesbahnbetrieb 4600 Millionen, bei der Post 354 Millionen und beim Telegraphen 144 Millionen.

Steuerkrawalle in Oesterreich.

Freiwaldau, 2. Juni. (T. U.) Die hiesige Bevölkerung veranstaltete große Straßenkundgebungen gegen die unerträgliche Besteuerung. Es kam zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie, welche mit gefälltem Bajonett gegen die Demonstranten vorging. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Schließlich wurde Militär aufgeboten. Drei Bürger von Freiwaldau wurden verhaftet und nach Troppau gebracht.

Der Umsturz in Wladiwostok.

(Drahtmeldung.)

Paris, 2. Juni. (W. T. B.)

Nach einer Kabelmeldung der „Chicago Tribune“ aus Tokio ist die teilweise bolschewistische Regierung von Wladiwostok durch einen Aufstand am 26. Mai gestürzt worden. Die Aufständischen geben die von ihnen eingesetzte Regierung als republikanisch-demokratisch aus. Die japanische Regierung hat die Anerkennung der durch die neue Regierung gebildeten Miliz unter der Bedingung zugesagt, daß sie sich dem Präsidenten der Regierung unterordne.

*

Vorstehende Meldung bildet offenbar die Ergänzung zu der von uns in Nr. 250 vom 1. Juni gebrachten Nachricht über die Besetzung Wladiwostoks durch den bolschewistenfeindlichen General Kappel. Wie wir von russischer Seite erfahren, kann es sich nur um die Truppen des Generals Kappel handeln, da dieser selbst im vorigen Jahr beim Rückgang der Koltschakarmee verstorben ist.

Eine Richtigstellung.

W. T. B. meldet: Laut einer in der „B. Z. am Mittag“ heute verbreiteten Meldung aus Washington behauptet die „Chicago Tribune“, daß die am 31. Mai erfolgte erste Zahlung Deutschlands an die Entente in Höhe von 35 733 000 Dollar infolge von Kursschwankungen statt 150 nur 140 Millionen Goldmark betrage. Diese Auffassung ist unrichtig, da der Dollar auf Grund der Goldparität von ca. 420 gutgeschrieben wird.

Zu der weiteren Meldung, daß Deutschland bereit sei, einen der Wechsel über zehn Millionen Dollar einzulösen, und daß die Berliner Banken an der Arbeit seien, die Summe aufzubringen, hören wir, daß die zehn Millionen Dollar bereits vorhanden sind.

Streiks in Indien.

X. **Rotterdam**, 2. Juni. In den Teeplantagen von Assam in Indien ist ein Streik von etwa 15 000 Arbeitern ausgebrochen, die sich der ihnen zuteil werdenden unwürdigen Behandlung nicht mehr unterwerfen wollen. Gegen die Ausständigen sind Gurkhatruppen verwandt worden, die sich schwere Ausschreitungen zuschulden haben kommen lassen. Im Zusammenhang mit dem Ausstand der Arbeiter ist auch auf der Eisenbahn von Assam nach Bengalen ein Streik ausgebrochen, dem sich die Mannschaften der Dampfschiffe vermutlich anschließen werden.

Echo der Presse.

Die Programmrede des Reichskanzlers.

Die gestrige Programmrede des Reichskanzlers Dr. Wirth wird von der Berliner Presse eingehend besprochen und von den einzelnen Blättern, je nach ihrer Parteistellung, mehr oder weniger kritisiert. Uebereinstimmung herrscht darüber, daß Dr. Wirth bezüglich Oberschlesiens die trefflichsten Worte gefunden hat.

Die „Deutsche Zeitung“ spricht von einem „Programm der Phrase“. Wirth habe so wenig gegeben, wie ein Reichskanzler nur hätte geben können: eine Fülle von Worten und Redensarten.

Die „Kreuzzeitung“ meint, wer von der Aufnahme der Herren Rosen und Rathenau eine Einwirkung auf die Rede erhofft habe, habe sich enttäuscht gesehen. Was Dr. Wirth vortrug, sei das gewesen, was man von ihm erwartet habe. Als bemerkenswert bezeichnet es das Blatt, daß selbst dieser deutsche Kanzler nach dem Herzen der Alliierten es nicht gewagt habe, von der gänzlichen Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen zu sprechen. Er wolle mit einemmale nicht mehr über die Erfüllbarkeit streiten, sondern den Versuch wagen. Ein schlimmeres va banque-Spiel als von Dr. Wirth sei niemals von einem Staatsleiter unternommen worden.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die ihren Artikel überschreibt: „Wir unterschreiben — Ihr dürft zahlen!“ sagt, der Kanzler habe gelegentlich, bei den Ausführungen über Oberschlesien, wie bei dem Eingehen auf die französische Kammer- und Senatsdebatte Töne gefunden, wie man sie leider von Herrn Dr. Simons niemals zu hören bekommen habe, Wendungen, die wenigstens den Willen zu einer diplomatischen Abwehr aufleuchten ließen. Es seien freilich nur kleine Inseln in dem Meer der Trostlosigkeit gewesen, das die sonstigen außenpolitischen Darlegungen des Kanzlers dargestellt hätten. Die Formulierungen, die der Kanzler für das Reparationsprogramm seines Kabinetts gab, hätten vor allen Dingen unter einer Undeutlichkeit und Verschwommenheit gelitten, von der man den Eindruck gehabt habe, daß sie nicht ungewollt seien. Wenn das Reichskabinett mit einem Reparationsprogramm komme, das in seiner Grundtendenz auf die sozialdemokratisch-unabhängige Zumutung: „Ihr dürft zahlen, was wir unterschreiben“, abgestellt sei, so sei es allerdings schwer, zu sehen, welche praktische Bedeutung unter solchen Umständen ein Sammlungsruf gewinnen solle.

Die „Germania“ betont, daß man durch die Aufzählung aller jener Verpflichtungen, die nach des Kanzlers Feststellungen bereits erfüllt sind oder deren Erfüllung eingeleitet wurde, einen tiefen und, wie man hoffen dürfe, nach innen und außen überzeugenden Eindruck von der ehrlichen Energie erhalten habe, mit der die Regierung des 10. Mai an die Einlösung ihres Wortes herangehe, und das nennt das Blatt im Augenblick das Entscheidende für das Schicksal und die Zukunft unseres Vaterlandes. Nur zu bald aber werde sich das Schwergewicht verschieben, wenn es gälte, die namens der Gesamtheit übernommenen Lasten auf die einzelnen Schultern zu verteilen. In „militärischer“ Hinsicht werde das noch verhältnismäßig leicht gehen. Die eigentlichen inneren Schwierigkeiten würden wohl erst beginnen, wenn die finanziellen Grundlagen unserer Leistungen an die Entente gelegt werden sollen. Bei der Durchführung des finanziellen Programms, das naturgemäß unter den gegebenen Umständen außerordentlich weitschweifend und vielseitig, ja selbst hart sein müsse, würden sich für die neue Regierung immer wieder Klippen einstellen, zu deren glücklichen Ueberwindung nicht nur weiseste Staatskunst, sondern auch fester Wille einer entschlossenen und zielbewußten Parlamentsmehrheit unerläßliche Notwendigkeit sein dürfen. Ob sie überhaupt im Bereich der Möglichkeit läge, das sei die große Frage, die die Parlamentsdebatte der nächsten Tage klären müsse. Wie von der äußersten Rechten, so werde auch auf der äußersten Linken dafür kein überparteiliches Verständnis zu erwarten sein. Das habe gestern die Aufnahme des Steuerprogramms seitens der Deutschnationalen, der stereotype Ruf nach Amnestie seitens der Herrschaften ganz links bewiesen.

Die „Vossische Zeitung“ meint, die Rede habe zersplittert, weil sie mit allzu vielen Einzelheiten, namentlich in ihrem Anfang, belastet gewesen wäre. Die Stärke des Beifalles am Schlusse der Rede habe bis zu einem gewissen Grade überrascht. Zuzustimmen sei dem, was der Reichskanzler gestern als Grundgesetz seines Wirtschaftsprogramms deklariert habe. Aeußerste Sparsamkeit im Lande, Vermeidung der überflüssigen Einfuhren, Steigerung der inländischen Produktion für nützliche Verbrauchsgüter, Steigerung des Exports, Vermehrung der Produktenmengen, Verfeinerung und Verbesserung der Produktivität. Was er als sein außenpolitisches Programm verkündet: „Verständigung, Wiederaufbau, Versöhnung“, das sollte im Augenblick leitender Wahlspruch für alle Deutschen in innerpolitischer Beziehung sein.

Das „Berliner Tageblatt“ nennt die Rede des Kanzlers, als Ganzes genommen, ein Bekenntnis zur Tat, zur Bereitwilligkeit, in systematisch aufbauender Arbeit Deutschland stark zu machen, um Generationen hindurch die Wiedergutmachungsschuld abtragen zu können. Der äußere Beifall, den die Rede fand, dürfe aber nicht über die inneren Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die sich einer gradlinigen, sachlichen Politik des Kanzlers, wie er sie im Auge habe, entgegenstellten. Es gäbe Leute, die dem Kabinett Wirth keine lange Lebensdauer voraussagen. Nun, man werde ja sehen. Das Debut sei nicht schlecht gewesen, aber die eigentlich entscheidenden Schritte stünden uns noch bevor.

Der „Vorwärts“ vergleicht die Rede mit einem weitläufigen Gebäude, an dem verschiedene Baumeister mitgearbeitet hätten. Aber es fehle ihr doch nicht die Verbindung durch einen einheitlichen Gedanken, nämlich den, daß die Annahme des Ultimatums viel mehr sein müsse, als eine bloße Geste, daß Leistungen vollbracht werden müßten, die jeden Zweifel an Deutschlands gutem Willen, seinen Verpflichtungen nachzukommen, in der Welt ausrotteten. Diesem Grundgedanken sei zuzustimmen. Seine energische Ausführung, sei die Voraussetzung aller weiteren Politik. Die heute beginnende Debatte werde vielleicht noch deutlicher als die Kanzlerrede zeigen, wie groß oder wie gering die Aussichten der Regierung seien, dauernde Erfolge zu erzielen.

Nach der „Freiheit“ hat die Rede keine Ueberraschung gebracht. Das Programm sei zwar recht umfangreich, aber nicht bestimmt und so klar, daß die Absichten der Regierung daraus zweifelsfrei hervorgingen. Es sei der deutliche Versuch einer schwachen Regierung, die aus Bürgerlichen und Sozialisten bestehe, die Unterstützung mehrerer Seiten zu gewinnen; die Rede habe deshalb die im Kabinett herrschenden widerstrebenden Ansichten und Interessen deutlich wiedergespiegelt. Durchaus unzulänglich seien die Erklärungen des Reichskanzlers über die politischen Absichten des Kabinetts (Amnestie, Aufhebung der Sondergerichte, Entwaffnung) gewesen. Im wirtschaftlichen Teile seiner Rede habe der Kanzler manches treffende Wort, daß die besitzenden Klassen endlich auch ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend, zu den schweren Lasten Deutschlands beitragen müßten, gesprochen.